

HK: Die politische Führung, das zeigt die bisherige Diskussion innerhalb der Parteien, tut sich sehr schwer – Sie sagten es eingangs selbst –, zwischen Sachargumenten, Wirtschaftsinteressen und Rücksicht auf die Bevölkerung zu entscheiden. Muß nicht erst eine Entspannung im öffentlichen Klima abgewartet bzw. herbeigeführt werden?

Jaroschek: Sicher ist eine Versachlichung im öffentlichen Klima Voraussetzung dafür. Gegenwärtig ist das Pro und Kontra zu Fragen der Kernenergie zu sehr Glaubenssache. Zur Versachlichung gehört, daß in der Diskussion des Für und Wider auch der Sachverstand wieder ausreichend zur Geltung kommt. Es kann nun einmal nicht jeder, ob Hausfrau, Studienrat, Theologe, Berufspolitiker

oder Atomwissenschaftler in Sachen Kernenergie die gleiche Kompetenz für sich in Anspruch nehmen. Hier sind auch die Bürgerinitiativen an ihren Grenzen. Gewiß ist es gut, den Experten auf die Finger zu sehen, aber nur indem man sich mit dem gegenwärtigen Stand an Technik und Wissen und entsprechend mit ihren Argumenten auseinandersetzt. Alle bloßen Bekenntnisse dafür oder dagegen schaffen nur Emotionen und zusätzliche Verwirrung. Im übrigen bin ich von meinem Standpunkt aus zuversichtlich. Mir scheint aber, daß sich bereits ein Wandel abzeichnet. Vor kurzem noch gab es auf Diskussionsforen und in den Medien fast nur das Kontra. Jetzt ist man schon wieder ein bißchen mehr dafür. Der fast in allen Ländern rings um die Bundesrepublik in Gang befindliche Bau von Kernkraftwerken wird ein übriges bewirken.

Zeitbericht

„Einer trage des anderen Last“

Der 17. Deutsche Evangelische Kirchentag in Berlin

Der Deutsche Evangelische Kirchentag, als Laienbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, ist nicht gleichzusetzen mit dem deutschen Protestantismus. Die im Rhythmus von zwei Jahren stattfindenden Veranstaltungen sind – zumal die verfaßten Strukturen, also Synoden und Kirchenleitungen, im Hintergrund bleiben – nicht die offizielle Repräsentanz der Protestanten in der Bundesrepublik. Allgemeine Beurteilungen der Lage der reformatorischen Kirchen in der Bundesrepublik anhand der Kirchentage sind deshalb immer unvollständig und manchmal auch etwas voreilig. Trotzdem sind die Kirchentage in dem, was auf ihnen geredet und getan wird – und darin, wie das geschieht –, ein Stimmungsbarometer, das Klimaschwankungen der kirchlichen Großwetterlage einigermaßen zuverlässig anzeigt. So warf der Stuttgarter Kirchentag von 1969 ein deutliches Licht auf die schier unüberwindbaren Gegensätze, die sowohl in Glaubensfragen wie hinsichtlich politischer Auffassungen unter evangelischen Christen bestanden. Eine gewisse Gegentendenz im Sinn der Abkehr von Konfrontation und Politisierung zeichnete sich nach einer – durch das gemeinsam mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken ausgerichtete ökumenische Pfingsttreffen in Augsburg bedingten – Pause von vier Jahren auf dem Düsseldorfer Kirchentag ab. Diese Tendenz kam 1975 in Frankfurt unter dem Kirchentagsmotto „In Ängsten – und siehe wir leben“ (vgl. HK, Juli 1975, 360 ff.) zum Durchbruch. Unterwegs zu

neuer Frömmigkeit, schien man aus der Polarisierung herauszufinden.

Gemeindetag als Gegenveranstaltung

Zugleich verschärfte sich im Vorfeld des diesjährigen Kirchentages die Auseinandersetzung mit seinem evangelikalen Pendant, dem „Gemeindetag unter dem Wort“, der vom 17. bis 19. Mai in Dortmund heuer zum dritten Mal (nach 1973 und 1975) in Konkurrenz zum Kirchentag stattfand. Einige Zeit schien es, als könne zu einer Verständigung zwischen dem „frömmen“ gewordenen Kirchentag und dem Gemeindetag gefunden werden. Es gab – im Bestreben, zu einer Entkrampfung zu kommen – Kontakte mit der „Konferenz bekennender Gemeinschaften“ (in ihr sind folgende, teils regionale, Gruppierungen zusammengeschlossen: die „Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ in Bayern bzw. Norddeutschland, die „Ludwig-Hofacker-Vereinigung“ in Württemberg, die Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, der „Gnadauer Gemeinschaftsverband“ und die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“). Das führte zu dem Vorschlag, Kirchentag und Gemeindetag im Wechsel (statt jeweils im selben Jahr) durchzuführen, damit sich beide Veranstaltungen in Komplementarität statt in Konkurrenz entwickeln könnten (vgl. HK, März 1977, 163).

Auch eine Beteiligung der Evangelikalen am Nürnberger Kirchentag 1979 wurde ins Auge gefaßt.

Doch der Streit spitzte sich bald wieder zu. Dazu trug zunächst ein Interview des Vorsitzenden des Gemeindetags (und der Bekenntnisbewegung), Pfarrer *Rudolf Bäumer*, mit dem Evangelischen Pressedienst bei (vgl. epd-Dokumentation 21a/1977). In diesem Gespräch definierte Bäumer die evangelikalen Gruppen „nicht als eine bestimmte Richtung in der evangelischen Kirche, sondern als die eigentlichen Vertreter dieser Kirche“, bekundete sein Desinteresse am Kirchentag, solange dieser „pluralistisch“ sei, sprach von einem gegenwärtigen Kirchenkampf, der „für die Kirche sehr viel ernster ist als der erste, weil er latenter ist“, und wollte schließlich auch die Möglichkeit einer künftigen Kirchenspaltung nicht ausschließen. Kurz vor dem Gemeindegtag wurde die Auseinandersetzung durch einen Beschluß auf die Spitze getrieben, der die Unvereinbarkeit der Mitwirkung am Kirchentag und am Gemeindegtag statuierte. Ganz konsequent wurde der Unvereinbarkeitsbeschluß aber nicht realisiert; denn der bayerische Landesbischof *Johannes Hanselmann*, der in Berlin an drei Tagen eine der morgendlichen „Bibelarbeiten“ hielt, sprach bei der Eröffnung der evangelikalen Bücherbörse, die im Rahmen des Programms des Gemeindegtages stattfand.

Auf dem Gemeindegtag selbst, der unter dem Motto „Jesus, der wiederkommende Herr“ stand, war im großen und ganzen weniger die Konfrontation als die im Erweckungsstil praktizierte Evangelisation das ausschlaggebende Moment. Zumindest die große Masse der Teilnehmer suchte hauptsächlich die Vergewisserung im Glauben und die handfeste Orientierung für das Leben und weniger die Kundgebung gegen die Irrtümer „der anderen“. Diesen Grundton schlug beim Eröffnungsabend *Gerhard Bergmann* (ein hauptamtlich evangelistisch tätiger Pfarrer, dessen Bücher eine Millionenaufgabe erreicht haben) an: „Wenn schon ‚Glaube‘, dann muß es auch etwas Festes und Gewisses sein... Was Sie vom Glauben haben, erschließt sich Ihnen nicht durch Abstand in sicherer Entfernung oder durch graue Theorie, sondern durch praktische Erprobung. Um es kurz zu sagen: durch ein Leben mit Christus.“ Der Heilige Geist gebe ihm die Gewißheit, daß Jesus Christus auferstanden ist und lebt. „Das kann sich auch bei Ihnen ereignen. Darum lassen Sie Ihre Hände von Jesus ergreifen.“ Neben solchen pietistisch akzentuierten Evangelisationen standen erstmals auf dem Programm des Gemeindegtags Arbeitsgruppen, die sich mit theologischen und gesellschaftspolitischen Themen befaßten, wie „Können wir noch in der Kirche bleiben?“, „Gruppendynamik als Heilserwartung“, „Die Wirklichkeit der Dämonie“, „Politische Verantwortung“, „Gewalt oder Partnerschaft im südlichen Afrika“.

Das Hauptgewicht lag auf dem dritten und letzten Veranstaltungstag – es war das Fest Christi Himmelfahrt –, an dem der Gemeindegtag mit einer Reihe von Bekenntnisveranstaltungen zu Ende ging, in denen noch einmal der

Frömmigkeitsstil des Treffens deutlich wurde („Der Teufel möchte, daß unsere Kirche nur noch ein Kurswagen des Zeitgeistes ist. Jesus aber will es schenken, daß wir im Glauben glühen und seinen Namen vor den Menschen bekennen, daß wir in der Liebe brennen und es den nahen und fernen Nächsten leichter machen, zu leben, zu glauben und zu hoffen.“). Die Kirche wurde dazu aufgefordert, sich nicht der – in recht apokalyptischen Farben geschilderten – Welt anzupassen, weil sie sonst sich selbst und ihre Anziehungskraft auf die Menschen verliere. Es kam auch ein Verbalradikalismus auf, der zu der frommen Veranstaltung nicht paßte („Den gruppenspezifischen Bildungsplanern rufen wir zu: Wandert doch nach Rotchina aus, und laßt unsere Kinder in Ruhe!“). Anders als erwartet hatten sich zur Schlußveranstaltung in Dortmund nur 30 000 Teilnehmer eingefunden (mit 70 000 hatten die Veranstalter gerechnet). Es ist gut möglich, daß zahlreiche Sympathisanten des Gemeindegtages sich ihre Teilnahme noch einmal überlegten, als die offiziellen Vertreter immer schrillere Töne anschlugen, womit sie sich in einigem Widerspruch zu der von mehreren Kirchenleitungen und auch vom Kirchentag selbst gezeigten Kommunikationsbereitschaft befanden.

Kirchentag der großen Zahlen

Es liegt eine Ironie darin, daß sich bei den Schlußveranstaltungen des Gemeindegtages und des Kirchentags die Teilnehmerzahlen die Waage hielten. Waren beim Gemeindegtag die großen Massen erst am letzten Tag nach Dortmund geströmt (die Zahl der Dauerteilnehmer war relativ gering), so nahmen in Berlin an der Schlußversammlung nur etwa die Hälfte der 60 000 teil, die für die Dauer des ganzen Kirchentags nach Berlin gekommen waren. Ob diese etwas merkwürdige Tatsache mehr darin begründet war, daß man bei der gemeinsamen Versammlung den Andrang fürchtete (der auf dem Messegelände trotz zahlreicher parallel laufender Veranstaltungen oft beängstigend war), oder eher darin, daß der Mentalität der diesjährigen Kirchentagsteilnehmer eine geistliche Großveranstaltung nicht entsprach, läßt sich schwer sagen. Ein Schönheitsfehler war es jedenfalls.

Immerhin war es nicht einseitig die *Jugend*, die nicht zur Schlußveranstaltung kam. Sie bestimmte, wie während des ganzen Kirchentages, auch dort das Bild. Die 15- bis 21-jährigen beiderlei Geschlechts waren mit Abstand die am stärksten vertretene Altersgruppe. Die übrige Teilnehmerschaft scheint auf die verschiedenen Altersstufen relativ gleichmäßig verteilt gewesen zu sein. Der unerwartete Zustrom – der Präsident des Kirchentags, Bundesverfassungsrichter *Helmut Simon*, sprach vom „Wunder an der Spree“ – hatte sicher verschiedene Gründe. Ausschlaggebend dürfte die positive Ausstrahlung des Frankfurter Kirchentags gewesen sein, die sich mit einer gegenüber den sechziger Jahren verstärkten – wenn auch etwas diffusen und schwer greifbaren – Bereitschaft, sich für Religiöses

zu interessieren, verbunden hat. Partizipatorische Strukturveränderungen in der Durchführung des Kirchentags, nämlich Ausschreibungsverfahren und der in Frankfurt erstmals praktizierte „Markt der Möglichkeiten“, haben zudem zur Beteiligung einer Reihe von Gruppen geführt, die früher nicht auf dem Kirchentag waren. Diese Gruppen zogen natürlich ihrerseits Leute nach. Schließlich hat die wieder zunehmende Attraktivität Berlins sicher ein gutes Stück zu dem unverhofften Massenandrang beigetragen. Insbesondere bei der Schülergeneration dürfte die Kombination von Berlinreise und „schulfrei“ stark motivierend gewirkt haben.

So erfreulich die starke Beteiligung war (zum Vergleich: in Frankfurt gab es 1975 ca. 15 000 Dauerteilnehmer, 1973 in Düsseldorf etwa die Hälfte), sie lag beinahe jenseits der Grenze des zu Verkräftenden. Die Vielfalt des Programmangebots ermöglichte es zwar denen, die sich nicht ohnehin vom Messegelände zwischendurch in die Stadt absetzten, immer, an irgendeiner Veranstaltung teilzunehmen, aber nicht immer an der bevorzugten. Besondere Engpässe gab es bei der seit Düsseldorf populären „liturgischen Nacht“ und zwei ähnlichen Veranstaltungen, an denen Tausende teilnahmen und zu denen weitere Tausende nicht eingelassen werden konnten. Ansonsten kam das Programm der großen Teilnehmerzahl schon im Ansatz entgegen.

Die *Eröffnungsgottesdienste* verteilten sich auf zahlreiche (auch katholische) Berliner Kirchen. Unter den Predigern waren neben einer Reihe von Landesbischöfen auch der altkatholische Bischof *Josef Brinkhues*, der griechisch-orthodoxe Metropolit *Irineos*, der Paderborner Weihbischof *Paul-Werner Scheele* und der Berliner Domkapitular *Erich Klausener*. In einer katholischen Kirche predigte der Berliner Superintendent *Reinhold George*, einer der führenden Sprecher der bekennenden Gemeinschaften. Beim anschließenden „Abend der Begegnung“ bot der Kurfürstendamm Platz für 130 000 Menschen, Kirchentagsgäste und Berliner.

Anders als beim Frankfurter Kirchentag – der ansonsten für sehr vieles Pate gestanden hat – gab es keine eigentliche Eröffnungsveranstaltung. Man mußte das – bei aller Anerkennung der Raumprobleme – als Nachteil empfinden. Denn gerade in Frankfurt schien sich gezeigt zu haben, daß es sinnvoll ist, ein solches Zusammentreffen, das ohnehin schnell in verschiedene Unternehmungen auseinanderläuft, gemeinsam mit einigen inhaltlichen Akzenten (wie sie in Frankfurt die Referate von Tobias Brocher und Carl-Friedrich v. Weizsäcker gesetzt haben) einzuleiten. In Berlin fand statt dessen als „Einzelveranstaltung“ ein Podiumsgespräch statt, in dem der Vorstand des Kirchentagspräsidiums – dem derzeit neben Helmut Simon noch Prof. *Kurt Sontheimer* und *Heinz Zahrt* angehören – mit Journalisten über den Kirchentag und seine Losung diskutierte. Das reguläre Programm, das daneben bereits anrief, sah jeden Vormittag vier größere Veranstaltungen vor, die in die Verantwortung der auf dem Markt der

Möglichkeiten vertretenen Gruppen fielen und in inhaltlicher Nähe zu den vier „Marktbereichen“ standen (Glaubensgemeinschaften – Gemeinschaft im Glauben; Der anderen Last: Junge, Alte, Fremde; Umkehr in die Zukunft; In der Liebe ist Hoffnung: Gesunde und Kranke). Nachmittags fanden Sitzungen von Arbeitsgruppen statt – auch sie mehr im Stil einer Großveranstaltung als einer Akademietagung –, die zu denselben vier Globalthemen vom Kirchentagspräsidium ausgerichtet wurden.

Stichwort Solidarität

Das diesjährige Losungswort war ganz auf Praxis ausgerichtet. Dementsprechend lag der inhaltliche Schwerpunkt der Kirchentagsveranstaltungen auf der Ausleuchtung der Bereiche, in denen es heute Solidarität zu leisten gilt. Sozusagen den „cantus firmus“ intonierten drei Referate (formal die Ausnahme auf diesem das Statement und die Diskussion favorisierenden Kirchentag): die schwedische Exministerin *Alva Myrdal* sprach über „Solidarität im zwischenstaatlichen und weltweiten Bereich“, *Tobias Brocher* über „Solidarität im zwischenmenschlichen Bereich“ und der in Basel lehrende tschechische Theologe *Jan Milić Lochman* über „Solidarität in theologischer Sicht“. Die Reihenfolge ist wohl nicht ohne tiefere Bedeutung. Man könnte auch der Meinung sein, daß sie genau umgekehrt aussehen mußte, ohne die Reihenfolge deshalb gleich zur Rangfolge zu erklären.

Lochman lokalisierte das Thema Solidarität im Gottesbegriff: Gott ist als trinitarischer in sich selbst Gemeinschaft und ist als solcher in Schöpfung und Bund solidarisch mit dem Menschen und seiner Geschichte; diesem Gottesbild entspricht ein Menschenbild, das in Jesus von Nazareth in unüberbietbarer Weise verwirklicht ist und das den Menschen zwar als unverwechselbares, aber nicht egozentrisches, sondern über sich hinaus auf das Du Gottes und der Mitmenschen verwiesenes Subjekt versteht. Die daraus sich ergebenden Zielvorstellungen „echter Solidarität im christlichen Sinne“ erweisen sich – so Brocher – „als viel radikaler und wirklichkeitsnäher als alle Ideen einer bloßen Umgestaltung und Sozialisierung der sozio-ökonomischen Bedingungen“, weil sie in der Lage sind, „den einzelnen aus der Befangenheit seines Ichs, das er ängstlich verteidigen zu müssen glaubt, in die größere Weite eines gemeinsamen Wirs zu führen“. „Der erste Schritt zur Solidarität“ – so fuhr Brocher fort – „wäre die Einsicht, daß wir anderen durch unser bloßes Vorhandensein genauso schwerfallen wie sie uns, wenn wir von dem Grundsatz ausgehen, daß wir diese unsere Welt aus Angst um unser Selbst und unseren Besitz sowenig wie möglich mit anderen teilen möchten.“ Es sei eine Umkehr erforderlich, die das Bewußtsein der Geschöpflichkeit wiedergewinnt und sich von der „Vergötzung“ des individuellen Ichs abwendet, „die ihren Ausdruck in der aufgeblasenen Selbstliebe, im Narzißmus scheinbarer Selbstverwirklichung auf Kosten anderer findet“.

Auf drei verschiedene, das Streben nach Solidarität unter den Menschen herausfordernde Tatbestände machte Alva Myrdal aufmerksam: Die ungleiche Verteilung der Ressourcen der Welt mache es erforderlich, „die Versorgung unserer eigenen Länder mehr auf ein ‚hinreichend‘ unseres Verbrauchs einzustellen, unseren gesamten Lebensstil vom Überfluß zu reinigen und so zu verwandeln, daß er der Solidarität mit den armen Völkern größeren Raum gibt“; die absurde Tatsache, daß nicht nur ungeheure Geldmengen, sondern auch die Intelligenz ungezählter Wissenschaftler für Produktion und Neuentwicklung von Waffen eingesetzt wird, während es ganzen Völkern am Notwendigsten fehlt, müsse bewußtgemacht und überwunden werden; schließlich gehöre die zunehmende Gewalttätigkeit, zumal wo sie via Massenmedien Kindern und Jugendlichen als selbstverständliches Handlungsmuster angeboten wird, zu den ernststen Bedrohungen solidarischen Menschseins.

Sowohl in den sonstigen Veranstaltungen wie an fast allen Ständen auf dem Markt der Möglichkeiten wurden verschiedene Einsatzfelder der Solidarität dargestellt. Der umfassendste Gegenstand war dabei das, was unter dem Stichwort „Umkehr in die Zukunft“ ständig im Hintergrund präsent war. Der CDU-Bundestagsabgeordnete *Herbert Gruhl* sprach den meisten Kirchentagsteilnehmern aus dem Herzen, als er die „planetarische Wende“ beschwor, vor der die Welt heute stehe, weil sie die Grenzen des Wachstums erreicht habe. Der Versuch des Menschen, im „Wahn der Machbarkeit“ selbstherrlich die Verantwortung in die Hand zu nehmen und die Welt zu ordnen, sei gescheitert, weil er zu einem System außerhalb der Natur geführt habe. Man müsse durchschauen, daß ständiges Wachstum die Vernichtung von einmaligen Vorräten der Erde sei, deren Merkmal es ist, daß sie nicht nachwachsen. Gruhl forderte deshalb über die Solidarität mit den wirtschaftlich benachteiligten Ländern hinaus die Solidarität mit den kommenden Generationen, denen man die Existenzgrundlage entzieht, „indem man heute ausbeutet, was sie bitter nötig haben werden“. Immer wieder fiel die Zustimmung auf, die die Aufrufe zu einer neuen Askese – einem Lebensstil der Solidarität mit der Dritten Welt und zur Sicherung der Lebenschancen der Nachkommen, mit der Natur – fanden.

Die Diskussionen wirkten allerdings insofern etwas wirklichkeitsfremd, als sie weithin die Frage nach der Umsetzung der eigenen Bereitschaft in öffentlich wirksame Maßnahmen umgingen. Die Kritik am Versagen der Politiker (die Unverantwortlichkeit der Verantwortlichen habe einen kriminellen Grad erreicht, sagte Gruhl unter großem Beifall) wurde kaum ergänzt durch auch nur andeutungsweise ins Spiel gebrachte alternative Konzeptionen mit Realisierungschancen. Überdies mischten sich in die Schilderung der gegenwärtigen Aporien bisweilen Züge einer kurzschlüssigen Apologetik, als ob die Ausweglosigkeiten, in die die wissenschaftliche Rationalität geführt hat, schlicht und einfach die Religion und den Glau-

ben wieder in ihre alten Rechte einsetzen würden. Mit einer Wissenschafts- oder Technikfeindlichkeit aus religiösem Interesse dürfte aber auch heute den Christen nicht gedient sein. Trotz allem sollte die wiederholte Bekundung, daß – wie es der Kirchentagspräsident ausdrückte – „die hier versammelte Christenheit bereit ist, den Preis für zukunftsgerichtete Maßnahmen zu tragen“, Aufmerksamkeit finden. Es war fast ein Leitmotiv dieses Kirchentags: die Verantwortlichen sollen nicht nur *mit* uns rechnen müssen, sondern auch *auf* uns rechnen dürfen.

Ein Zeichen praktizierter Solidarität setzte der Kirchentag mit der Art und Weise, wie *Behinderte* soweit als möglich integriert waren. Die Selbstverständlichkeit, mit der sie einbezogen wurden, meist betreut von Jugendlichen, gehörte zu den stärksten Eindrücken in Berlin. Sie zeigte, daß die Bereitschaft zur Solidarität nicht bloß deklamatorisch ist, auch wenn in entscheidenden Fragen noch die Rezepte fehlen.

Frömmigkeit und Politik

Die Masse der Teilnehmer, die große Zahl der Veranstaltungen und die den Vergleich mit einem Supermarkt nahelegende Fülle der Angebote auf dem Markt der Möglichkeiten verliehen dem Kirchentag einen ziemlich aktivistischen Charakter. Trotzdem war es *auch* ein frommer Kirchentag. An den morgendlichen Bibelarbeiten nahmen täglich über 20 000 Menschen teil. Den meisten Zulauf hatten der emeritierte Tübinger Neutestamentler *Ernst Käsemann* und der Stuttgarter Pfarrer *Jörg Zink* mit jeweils zwischen 8000 und 9000 Hörern. Das Mittagsgebet und das „Abendgebet zur Sache“ gehörten zu den ausgesprochen attraktiven Veranstaltungen. Auch die den ganzen Tag über bestehenden Gelegenheiten zu Meditation und stillem Gebet (ein „Raum der Stille“ lud ein, „aller Leidenden, Verfolgten und zum Schweigen Verurteilten in der Stille fürbittend zu gedenken“) sowie zum Gottesdienst wurden intensiv wahrgenommen. Das „Zentrum Abendmahl“, in dem Abendmahlsfeiern stattfanden und evangelische Kommunitäten das Stundengebet beteten, konnte sich über Mangel an Zuspruch nie beklagen. Zu wenig dürfte aber der jugendlichen Mehrheit geholfen worden sein, ihren Frömmigkeitsstil zu finden und – soweit sie, was für einen erheblichen Teil schon angenommen werden darf, aus religiösem Interesse gekommen war – Antwort auf ihre Glaubensfragen zu bekommen. Das gerade für sie notwendige Angebot einer elementaren Einführung ins Christentum blieb aus.

Nicht nur bei der Jugend konnte man einen starken *Gemeinschaftsbezug*, nicht zuletzt in der Frömmigkeit, registrieren. Auf seine Weise belegte das auch der Markt der Möglichkeiten, an dem sich dreimal so viele Gruppen beteiligten wie in Frankfurt. Da nicht jede für sich einen Stand zur Verfügung hatte, teilten sich oft recht heterogene Gruppen mit viel Bereitschaft zur Kooperation in

eine Koje. In einer großen Nachmittagsveranstaltung stellten sich Gruppen vor, die sich als *schöpferische Minderheiten* in der Kirche (aber auch an ihrem Rande) verstehen – eine auffallende Parallelität zur Entwicklung neuer Gemeinschaftsformen im katholischen Bereich (vgl. ds. Heft, 368ff). Allerdings waren die Gruppen von so unterschiedlichem, ja gegensätzlichem Profil, daß sich in ihnen kaum ein Modell gemeinsamen Lebens aus dem Glauben mit großer Ausstrahlungskraft abzeichnen konnte. Die Palette reichte vom traditionsreichen evangelischen „Frauenbund“, einer der großen, hauptsächlich diakonisch orientierten Einrichtungen des deutschen Protestantismus, bis zur „*Offensive junger Christen*“, einer „Großfamilie“, die aus gegenwärtig drei Ehepaaren, 11 Kindern, vier Unverheirateten und 10 Jugendlichen (die jeweils nur ein Jahr das Leben der Gruppe teilen) besteht. Sie wollen auf der Grundlage geistlichen Lebens einen neuen Lebensstil ausprobieren und versuchen, die im kleinen Kreis gelebte Versöhnung in kirchliches und gesellschaftliches Engagement umzusetzen. Ähnliche Ziele verfolgt der „*Laurentiuskonvent*“, eine verbindliche Gemeinschaft auf Lebenszeit (mit Gütergemeinschaft). Auch für diese Gruppe ist die Hausgemeinschaft wichtig, in der die Mitglieder des Konvents nicht unter sich bleiben, sondern mit anderen zusammenleben. Ganz anders zielt die nun bald 50 Jahre bestehende „*Michaelsbruderschaft*“ nicht auf gemeinsames Leben, sondern in erster Linie auf die Pflege von Gottesdienst und Gebet, zu dem sich die verstreut lebenden Brüder verpflichten; ohne feste gemeinsame theologische oder politische Position, verbindet die Bruderschaft die „hochkirchliche“, mit den Anglikanern vergleichbare Ausrichtung.

Neben diesen geistlichen meldeten sich auch zwei mehr politische Gruppierungen zu Wort. Dabei zeigte sich eine auch sonst auf dem Kirchentag verschiedentlich zutage tretende Verbindung von Frömmigkeit und politik-kämpferischem Engagement, wobei sich das Schwergewicht leicht auf die zweite Seite verlagert. Das dürfte z. B. für die „*Christen für den Sozialismus*“ (jedenfalls in ihrer in Berlin präsenten deutschen Spielart) gelten, die Prof. Marie Veit sehr melodramatisch, aber wenig informativ einführte. Das Bedenkliche ist dabei, wie die sozialistische Option durch eine fromme Gewißheit in einer Weise zementiert wird, daß die vernünftige Auseinandersetzung schon mit etwas weniger weit links stehenden Sozialdemokraten kaum mehr möglich scheint. Ein ähnliches Phänomen zeigte sich in der „*Kirchlichen Bruderschaft*“ aus Württemberg, die sich – theologisch in der Gefolgschaft Karl Barths – immer noch, als ob wir in den fünfziger Jahren leben würden, gegen den Mißbrauch des Namens Christi durch die CDU stark macht, gleichzeitig sich aber wahlkämpferisch für die SPD betätigt. Ein drittes Beispiel für die Petrifizierung einer politischen Position durch theologischen Unterbau lieferte Prof. Helmut Gollwitzer mit seinem Plädoyer für einen Abzug der alliierten Truppen aus West-Berlin als Beitrag zum Frieden. (Diese Äu-

ßerung stand in eklatantem Mißverhältnis zu dem überall deutlichen Bestreben, den Herrschenden auf der anderen Seite der Berliner Mauer nicht zu nahe zu treten, um der Kirche in der DDR nicht zu schaden.) Niemand bestreitet, daß der christliche Glaube nicht einfach dazu da ist, den politisch-gesellschaftlichen Status quo zu garantieren; schöpferisch provozieren kann er aber nur, wenn er bereit ist, den Status quo wenigstens in Rechnung zu stellen. Das gilt für alle Felder der Politik. Angesichts der fortbestehenden Konfusion von Glaube und politischem Handeln zum Schaden beider sollte sich der nächste Kirchentag einmal ausdrücklich sozialetischen Grundsatzfragen stellen. Strittig ist ja heute nicht mehr, daß – wie ständig wiederholt wird – Glaube und politisches Handeln zusammengehören, sondern *wie* sie sich beide zueinander verhalten.

Pluralismus und Identität

Ähnliches gilt für das Verhältnis von Einheit und Vielfalt, von Identität der christlichen Botschaft und Pluralismus in ihren Ausdrucksformen. In Berlin wußte man oft nicht, ob man die Bandbreite der im deutschen Protestantismus vertretenen Auffassungen und Aktivitäten bewundern – oder aber bedauern sollte, daß die in Richtung „Spielwiese“ ausufernde Vielfalt die Identität der Versammlung zu verdecken drohte. In einer seiner Bibelarbeiten wies der bayerische Landesbischof darauf hin: Pluralität in der Kirche müsse überschaubare Vielfalt sein. Pluralismus könne nicht bedeuten, daß in der Kirche jeder alles und jedes glauben und verkündigen könne „bis hin zur Gott-ist-tot-Theologie“. „Wir sollten uns“, betonte Hanselmann, „in der Kirche sehr viel stärker so auseinandersetzen, daß wir uns zum Gespräch zusammensetzen. Dann wird sich zeigen, was den Kriterien der Einheit in der Vielfalt entspricht und was möglicherweise jenseits der Grenze ist.“ Dabei sollte – gerade von katholischer Seite – in einer bunten Pluralität nicht von vorneherein ein Nachteil gesehen werden. Entscheidend ist aber, daß bei aller Vielfalt der gemeinsame Grund sichtbar bleibt, auf den man sich beruft.

Dafür wurde in Berlin zuwenig getan. Schon bei der Podiumsdiskussion über die Losung zu Beginn des Kirchentags wurde von journalistischer Seite kritisch gefragt, ob man nicht vom gesellschaftlichen Lastenausgleich deshalb so viel rede, weil man zum geistlichen Lastenausgleich nichts mehr zu sagen habe. In ähnlichem Sinn gab bei verschiedenen Gelegenheiten der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Helmut Claß, zu bedenken, ob man nicht verhältnismäßig zuviel über die Konsequenzen des Glaubens rede und zuwenig über den Glauben selbst – in einer Zeit, in der einerseits nicht einmal mehr das „ABC des Glaubens“ präsent sei und andererseits mangelnde Orientierungshilfe die Menschen aggressiv mache. Auch der Kirchentagspräsident räumte ein, daß in Berlin zwar in vielerlei Hinsicht der „Versuch gelebter Glaubensbewahrung“ geglückt sei, daß man sich aber in Zukunft noch mehr darauf ein-

lassen müsse, insbesondere im Sinn *vertiefter theologischer Reflexion*.

Gerade daran fehlte es in Berlin noch. Man würde zwar die Theologie zugleich überbewerten und überfordern, wenn man nur von ihr die Bestimmung der Identität des Christentums erwarten würde. Sicher kann auf einem Kirchentag auch beim Maßnehmen an der Schrift, in der persönlichen Begegnung und bei mehr oder weniger liturgischem Feiern sehr Wichtiges passieren, das den gemeinsamen Wurzelboden zum Vorschein kommen läßt. Aber ohne Theologie fehlt eine entscheidende Dimension. Zwar hielt Heinz Zahrnt drei Abendvorträge über „Christentum für Zeitgenossen“, aber das war zu wenig, um dem Kirchentag neben allem anderen auch eine durchgehende theologische Perspektive zu geben. Einige weitere Theologen waren bei Podiumsgesprächen vertreten, wo sie ihre Zunft aber nicht immer angemessen repräsentierten. Um ein Beispiel herauszugreifen: der Berner Professor *Hans Rub* bezeichnete es in einer Veranstaltung der Konferenz Europäischer Kirchen als wichtige Aufgabe für die Kirche, die Frage nach dem Sinn des Lebens wachzuhalten, um diese Frage dann wie folgt zu explizieren: ob es sich für den durchschnittlichen Europäer überhaupt lohne, zu leben, wer wie lange arbeiten solle, ob der Sinn überhaupt in der Arbeit liege, wie hoch das Konsumniveau sein müsse. Ein anderer auf halbem Wege steckengebliebener Anlauf zur Theologie war eine Arbeitsgruppe, die sich mit „Herausforderungen an den Glauben“ befaßte. Dadurch, daß Anfragen seitens der Religionskritik, aus der Dritten Welt und von der Überlebensproblematik durcheinandergemischt wurden, konnte man keiner gerecht werden.

Es dürfte eine wichtige Aufgabe des Kirchentags sein, sich in Zukunft verstärkt um die *Vermittlung zentraler theologischer Orientierungen in die Breite* zu kümmern. Die gegenwärtige deutsche Theologie, die über eine Reihe bedeutender Vertreter verfügt, dürfte dafür gute Chancen bieten, zumal man aus den innertheologischen Grabenkämpfen einigermaßen herausgefunden hat. Mehr „Theologie“ auf dem Kirchentag würde nicht nur eine Bewährungsmöglichkeit für die akademische Wissenschaft bedeuten, sondern vor allem unterstreichen, daß die denkende Verantwortung des Glaubens auch ein Zeugnis ist, das man heute von der Christenheit erwartet, vielleicht sogar das wichtigste. Überdies wird man auf die Substanz des Streits mit den Evangelikalen gewiß nicht ohne Theologie kommen. Und schließlich wird man auf die Bereitschaft zu theologischem Denken nicht verzichten können, wenn es ökumenisch weitergehen soll.

Ökumene kein Thema mehr?

Was die evangelisch-katholische Ökumene betrifft, so gab es in Berlin ein widersprüchliches Bild. Je nach Perspektive konnte es scheinen, als sei das Thema schon erledigt,

weil bereits soviel erreicht ist, oder als interessiere es niemanden mehr, weil es über das Erreichte hinaus gegenwärtig ohnehin keine Aussicht auf weitere Fortschritte gibt. Auf der einen Seite sah man die Selbstverständlichkeit, mit der die ökumenische Dimension in die Eröffnungsgottesdienste eingebaut war und mit der katholische Gruppen (wenn auch nicht viele) am Markt der Möglichkeiten teilnahmen. Ebenso konnte man sich über die weniger selbstverständliche als von seiten der Gastgeber großzügige Einbeziehung katholischer Gäste in die Schlußversammlung freuen. Es war eine sehr ausdrucksstarke Geste und ein eindrucksvolles Zeichen der Offenheit, daß man den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Prof. *Hans Maier*, eingeladen hatte, die Lesung aus dem Korintherbrief (1 Kor 13,1-7) vorzutragen, die im Mittelpunkt der Feier stand. Der Vertreter der deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Scheele, sprach das Gebet um die Einheit und anschließend zusammen mit der Kirchentagsgemeinde das Vaterunser.

Auf der anderen Seite zeigte sich, daß das Interesse an ökumenischen Gesprächen im herkömmlichen Sinn keineswegs groß ist. Eine von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Bundesrepublik veranstaltete Podiumsdiskussion zählte eindeutig zu den Veranstaltungen, die relativ wenig Resonanz fanden, schon gar nicht bei der Jugend. Man konnte sich nachträglich kaum darüber wundern. Denn allgemeine Good-will-Erklärungen hoher Amtspersonen, die gleichzeitig ökumenische Profis (also auch Diplomaten) sind, interessieren kaum jemanden übermäßig (aus Publikumsfragen konnte man im übrigen entnehmen, daß die leidige katholische Diskussion um ökumenische Gottesdienste und Sonntagspflicht verständlicherweise viel Befremden ausgelöst hat). Statt dessen wäre es wesentlich sinnvoller gewesen, Laien beider Konfessionen – beispielsweise Vertreter des Kirchentags und des Zentralkomitees – gemeinsam über Mentalitätsunterschiede im Glaubens- und Weltverständnis reden zu lassen, die manchmal den Weg zur sichtbaren Einheit mehr erschweren als Divergenzen in Kontroversfragen. Wenn man als zweites Thema eines solchen Meinusaustausches das Zeugnis der Kirchen und der Christen in der heutigen Gesellschaft angesetzt hätte, wären die beiden Sachbereiche auf der Tagesordnung gewesen, an denen man wohl heute ökumenisch vordringlich arbeiten muß, wenn man breites Interesse finden und die Dinge vorwärtstreiben will.

Auf dem Freiburger Katholikentag 1978 sollte ein solches Gespräch nicht fehlen. Darüber hinaus ist es ökumenische Pflicht der für die Vorbereitung des Katholikentags Verantwortlichen, aus den Schwierigkeiten des Kirchentags zu lernen, insbesondere aber alles das sehr aufmerksam zu registrieren, was diesen Kirchentag – voll innerer Spannung, aber ohne Konfrontation – trotz seiner Schwächen zu einem *Kirchentag der Hoffnung* hat werden lassen.

Hans Georg Koch